

Die Richtung stimmt.



Europapolitische Standortbestimmung des Paritätischen

Präambel

Europa ist mehr als die Summe seiner Mitgliedstaaten. Der Paritätische bekennt sich zum Ziel eines gemeinsamen europäischen Raums der Freiheit, Solidarität, Teilhabe und des Rechts. Er will dazu beitragen, den europäischen Einigungsprozess mit zu gestalten und die Partizipationschancen der Menschen zu verbessern.

Der Paritätische versteht es als seine Aufgabe, die Ursachen von Benachteiligung beseitigen zu helfen und dazu beizutragen, Menschen zu einem selbstbestimmten Leben in Würde zu befähigen und notwendige Rahmenbedingungen sichern zu helfen.

Europäisches Recht bestimmt unsere Lebensbereiche in wachsendem Ausmaß. Das gilt insbesondere für die Wirtschafts- und Handelsgesetzgebung, und es gilt zunehmend auch für den Bereich der sozialen Arbeit. Die Mehrheit der sozialen Probleme der Gegenwart macht nicht an Grenzen halt. Armut und Arbeitslosigkeit, die Bekämpfung von Ausgrenzung und Diskriminierungen aller Art, die Verwirklichung der UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen sowie der demografische Wandel und die Sicherung sozialer Nachhaltigkeit sind gesamteuropäische Herausforderungen, die wir gemeinsam bewältigen müssen.

Die tradierte Rollenverteilung zwischen Staat und Gesellschaft hat sich mit Europäisierung, Globalisierung und wachsendem wirtschaftlichen Wettbewerb verändert. Der Paritätische will diesen Änderungsprozess aktiv mitgestalten.

Der Paritätische will auch in einem vereinten Europa als Sozialanwalt, Dienstleister



und Solidaritätsstifter engagiert sein. Die Bekämpfung von Armut und Ausgrenzung und die Schaffung einer sozialen Infrastruktur, die Lebensqualität gewährleistet, Gesundheit in einem umfassenden Sinn fördert, Aktivitäten der Selbsthilfe stärkt und Selbstverwirklichung im freiwilligen Engagement ermöglicht, gehören zu den Hauptanliegen des Paritätischen.

Der europäische Einigungsprozess hat wesentlich dazu beigetragen, Grenzen abzubauen, den Frieden zu bewahren und die Völkerverständigung zu fördern. Er hat den Ausbau der Zivilgesellschaft befördert und dazu beigetragen, den Transformationsprozess in den osteuropäischen Staaten zu unterstützen.

Die wirtschaftliche, soziale und politische Gestaltung des europäischen Einigungsprozesses gehört zu den Herausforderungen der Gegenwart. Der Paritätische begrüßt und unterstützt die Förderung des gesellschaftlichen Zusammenhaltes über die Grenzen hinweg. Europa als gemeinsamer Raum von Freiheit und Solidarität, von Sicherheit und Teilhabe ist eine Vision, zu deren Verwirklichung der Paritätische weiter beitragen will.

Selbstdarstellung

Der Paritätische ist ein Verband von nicht-gewinnorientierten Organisationen, die sich zu den Prinzipien von Toleranz, Offenheit und Vielfalt bekennen und der Idee der Parität – der Gleichheit aller in ihrem Ansehen und ihren Möglichkeiten – verpflichtet sind. Er ist religiös und politisch ungebunden. Die Nähe zum Menschen ist eines der Leitmotive seiner Arbeit.

Ein Ziel des Paritätischen ist es, Armut und Ausgrenzung zu vermeiden sowie soziale Dienstleistungen auszubauen, um damit soziale Sicherheit nachhaltig zu festigen und Teilhabechancen zu eröffnen. Er vereinigt unter seinem Dach über 10.000 selbstständige Mitgliedsorganisationen mit über 540.000 Beschäftigten und über 1,3 Millionen freiwillig Engagierten. Er trägt damit wesentlich dazu bei, bürgerschaftliches Engagement zu stärken und gerade die Interessen von Menschen mit Unterstützungsbedarf zu vertreten.

Die Förderung und Interessenvertretung der Selbsthilfe gehört zu seinen besonderen Anliegen. Er unterstützt die Interessenvertretung insbesondere benachteiligter Menschen und fördert das soziale Engagement für den anderen.

Der Paritätische tritt für ein plurales System der sozialen Dienstleistungserbringung ein.

Er setzt sich dafür ein, dass gesellschaftliche Rahmenbedingungen hergestellt werden, die das Selbstbestimmungsrecht der Hilfebedürftigen stärken und Benachteiligungen abbauen.

Der Paritätische wirkt sozialanwaltschaftlich und artikuliert die Interessen von unterstützungsbedürftigen Menschen. Er trägt gleichzeitig aktiv zum Auf- und Ausbau einer leistungsfähigen sozialen Infrastruktur bei. Mit seinen Mitgliedsorganisationen leistet er einen erheblichen Beitrag zur Versorgung der Bürgerinnen und Bürger mit gesundheitlichen, pflegerischen, erzieherischen und anderen Leistungen. Der Paritätische unterstützt die Entwicklung bi- und multilateraler Partnerschaften sowie den Aufbau von Netzwerken mit Partnerverbänden und weiteren sozialen Nichtregierungsorganisationen in Europa.

Der Paritätische versteht sich als Interessenvertreter und Dienstleister, der Selbstbestimmung und soziale Teilhabe stärken will. Er vereinbart die professionelle Erbringung von Leistungen unter Einbeziehung freiwillig Engagierter mit der Vertretung der Interessen unterstützungsbedürftiger Menschen. Die Entwicklung von bedarfsgerechten Leistungsangeboten ist besonders erfolgreich, wenn sie von Betroffenen und freiwillig Engagierten gemeinsam gestaltet oder betrieben werden.



Prinzipien

Europa muss mehr sein als ein Markt. Ziel des europäischen Einigungsprozesses muss es auch künftig sein, auf den Grundlagen der unteilbaren und universellen Werte der Würde des Menschen, der Freiheit, der Gleichheit und der Solidarität ein möglichst hohes Maß an individueller Freiheit und sozialer Gerechtigkeit zu erreichen.

Dabei müssen die gemeinsamen Rechte und Prinzipien, wie sie in der Charta der Europäischen Grundrechte niedergelegt sind, ebenso anerkannt, respektiert und gewährleistet werden, wie die Achtung der Vielfalt der Kulturen und Traditionen der Mitgliedstaaten der Europäischen Union.

In vielen Bereichen mussten sich Dienste und Einrichtungen im Paritätischen – gegen den Widerstand von etablierten öffentlichen und privaten Trägern – das Recht erkämpfen, den Menschen ein alternatives Angebot an sozialen Dienstleistungen unterbreiten zu können. Das Wunsch- und Wahlrecht der Bürgerinnen und Bürger muss anerkannt und geschützt werden. Der Paritätische bekennt sich zu einem Wettbewerb, der die Weiterentwicklung der Angebote im Sinne der Betroffenen zum Ziel haben muss. Der Paritätische sieht einen solchen Wettbewerb – auch über Grenzen hinweg – als positive Herausforderung und Chance an. Wettbewerb bedarf deshalb einer Rahmenordnung, die allen Akteuren faire, transparente und zukunftsfähige Rahmenbedingungen bietet, um mit- und nebeneinander Angebote entwickeln und schaffen zu können.

Das unternehmerische Handeln im Paritätischen ist kein Selbstzweck. Es ist dem Ziel verpflichtet, allen Menschen qualitative hochwertige Dienstleistungen zugänglich zu machen. Personenbezogene Dienstleistungen sind in hohem Maß Vertrauensleistungen. Sie müssen den Menschen in seiner Individualität respektieren und darauf gerichtet sein, Menschen zu

Teilhabe und Mitgestaltung zu befähigen und Menschenrechte umfassend zu realisieren.

Soziale Dienstleistungen dürfen nicht wie beliebige Waren behandelt werden. Sie werden in der Zusammenarbeit mit den nachfragenden Menschen erbracht und müssen sich an ihren Bedürfnissen und Interessen orientieren. Werteorientierte gemeinnützige Organisationen, die eigene Partizipationsmöglichkeiten eröffnen, sind in besonderer Weise als Dienstleister qualifiziert. Die Bedeutung solcher Organisationen für die Weiterentwicklung zivilgesellschaftlicher Strukturen ist auch auf europäischer Ebene anzuerkennen.



Aus der besonderen Bedeutung personenbezogener sozialer Dienstleistungen folgt, dass diese lokal, bürgernah und flexibel erbracht werden müssen. Der wirtschaftliche, rechtliche und gesellschaftliche Rahmen muss so gestaltet sein, dass sowohl die Erbringung von Dienstleistungen wie auch die sozialanwalt-schaftliche Interessenvertretung der gemeinnützigen Anbieter zu respektieren und zu ermöglichen ist. Die Ausweitung der Regulierung in Europa muss daran ihre Grenzen finden. Der Paritätische lehnt aus diesem Grund eine europäische Rahmenrichtlinie für die sozialen Dienste ab und bekennt sich zur Vielfalt der nationalen Sozialsysteme.

Der Status der Gemeinnützigkeit ist mit Rechten und Pflichten verbunden. Daraus folgt, dass auf dem Gemeinnützigkeitsrecht beruhende steuerliche Regelungen nicht einseitig als Beihilfen im Sinne des europäischen Rechts anzusehen sind.

Der Paritätische fordert, die Entscheidungsfindungsprozesse auf europäischer Ebene transparent zu gestalten, unnötige Regulierungen und überflüssige Bürokratie zu vermeiden und das Handeln der

europäischen Organe politischer Kontrolle zu unterwerfen. Der Prozess der Stärkung des Europäischen Parlaments muss fortgesetzt werden. Viele Entscheidungen auf europäischer Ebene sind bislang nicht oder nur mittelbar demokratisch legitimiert. Demokratische Teilhabemöglichkeiten müssen deshalb ausgebaut werden. Dazu gehört auch, dass der Dialog mit zivilgesellschaftlichen Organisationen auf europäischer Ebene gestärkt und verbindlich gestaltet werden muss.

Sozialpolitik

Die Folgen des demografischen Wandels, die Bekämpfung von Armut und Ausgrenzung, die Gestaltung der Einwanderung, die Schaffung geschlechtergerechter Rahmenbedingungen, die Umsetzung der UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen sowie die Sicherung und der Ausbau sozialer Infrastruktur und die Förderung eines an humanistischen Prinzipien orientierten, leistungsfähigen Bildungssystems gehören heute zu den gesamteuropäischen Herausforderungen. Ihre Bewältigung ist eine gemeinsame Aufgabe der verschiedenen nationalen und europäischen Akteure.

Der Paritätische will daran mitwirken und die Bewältigung dieser Herausforderungen auch auf europäischer Ebene aktiv mitgestalten.

Die Mitgliedstaaten der Europäischen Union verfügen über ganz unterschiedlich ausgebildete, historisch gewachsene und kulturell geprägte Systeme der sozialen Sicherung. Ein einheitliches europäisches Sozialmodell, das über allgemeine Prinzipien hinausgeht, besteht nicht. Das Recht der Mitgliedstaaten, die Rahmenbedingungen der sozialen Sicherung sowie die Finanzierung des Gemeinwesens eigenverantwortlich bestimmen zu können, darf nicht in Frage gestellt werden.

Es gilt, die Vielfalt der Wege nationaler Sozialstaatlichkeit zu respektieren und die Entscheidungen über die Rahmenbedingungen des Zusammenlebens möglichst nah an die Bürgerinnen und Bürger heranzubringen. Der Paritätische bekennt sich zum Subsidiaritätsprinzip als Strukturprinzip der sozialen und politischen Ordnung.

Die Förderung des sozialen Zusammenhalts in Europa ist Voraussetzung und Maßstab für das



politische Handeln in Europa. Der Paritätische unterstützt die Aktivitäten der Kommission, die auf die Herstellung eines möglichst hohen Niveaus von Gesundheit, sozialer Sicherung und Teilhabe gerichtet sind.

Der Paritätische begrüßt und unterstützt die zahlreichen Maßnahmen der EU, die auf die Förderung der Arbeitsmarktintegration gerichtet sind.

Die sozialen Sicherungs- und Unterstützungssysteme der Mitgliedstaaten sind Ausdruck des Solidaritätsprinzips. Solidarität und Gerechtigkeit schließen die Diskussion über notwendige Modernisierung und Anpassungen nicht aus. Wirtschafts- und Sozialpolitik verfolgen keine gegensätzlichen Ziele, sondern sind gleichberechtigt und ergänzen sich. Sozialpolitik darf nicht zum Anhängsel der Wirtschaftspolitik werden.

Die Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung ist eine grundlegende Herausforderung der Gegenwart. Es gilt, Menschen zu befähigen, ihr Leben aus eigener Kraft zu gestalten.

Das bestehende Ausmaß an Kinderarmut ist erschreckend und beschämend zugleich. Es verstößt gegen alle etablierten Gerechtigkeitsbegriffe – von der Chancengerechtigkeit, die Generationengerechtigkeit über die Verteilungs- und Zugangsgerechtigkeit bis hin zur Leistungsgerechtigkeit. Der Paritätische kämpft für eine Gesellschaft, die allen Menschen unabhängig von ihrem Ansehen und ihrem Status gleiche Chancen zur bestmöglichen Entwicklung ihrer persönlichen Potentiale gibt.

Die Bekämpfung von Armut und die Förderung von sozialer Eingliederung sind wichtige Elemente zur Herstellung eines gesellschaftlichen Ausgleichs. Sie tragen zur Nachhaltigkeit

der sozialen Sicherungssysteme und zum sozialen Zusammenhalt bei, indem der gesellschaftliche Zusammenhalt gestärkt, die individuellen Partizipationschancen durch Einbeziehung aller Menschen erhöht und der soziale Frieden gesichert werden.



Grundlage und von besonderer Bedeutung für das gemeinschaftliche Handeln ist die Bekämpfung von Diskriminierungen aus Gründen des Geschlechts, der Rasse, der ethnischen Herkunft, der Religion oder der Weltanschauung, einer Behinderung, des Alters oder der sexuellen Ausrichtung. Der Grundsatz der Nichtdiskriminierung stellt eine fundamentale Wertorientierung der Gemeinschaft dar und gründet auf den Vorstellungen von Demokratie und Menschenrechten. Der Paritätische unterstützt diese Anliegen aktiv.

Will Europa seine Ziele im Interesse seiner Bürger erreichen, benötigt es Instrumente, die die wirtschaftliche und soziale Entwicklung und den Zusammenhalt fördern sowie die Solidarität stärken. Die Strukturförderung mit ihren verschiedenen sektoralen Instrumenten will einen Beitrag hierzu leisten und die strategischen Ziele der Beschäftigungs- und Sozialpolitik in konkretes Handeln umsetzen. Die bestehende Förderpolitik ist jedoch zu bürokratisch und wird diesem Ziel nicht immer gerecht.

Bildung, Wissen und Zugang zu Informationen sind wesentliche Elemente für die Herstellung einer solidarischen Gesellschaft in Europa. Bildung und Partizipation fördern die Befähigung der Menschen, ihre Rechte in Anspruch zu nehmen und eigene Stärken zu entwickeln und eigene Kompetenzen einzubringen. Der Paritätische fördert dieses Ziel tagtäglich in seiner praktischen Arbeit vor Ort.

Der Blick über die nationalen Grenzen zeigt, dass die teuersten Sozialsysteme keineswegs die sind, die für die Menschen die günstigsten Rahmenbedingungen bieten. Geld ist regelmäßig eine notwendige Voraussetzung dafür, Armut und Ausgrenzung zu überwinden. Sozialpolitik darf sich jedoch nicht in finanziel-

len Transfers erschöpfen, sondern muss ebenso persönliche Unterstützungsleistungen umfassen und durch die Bereitstellung von sozialer Infrastruktur dazu beitragen, Menschen zu Eigenständigkeit zu befähigen und Selbsthilfepotentiale anzuregen. Dazu bedarf es insbesondere gleicher Zugangschancen im Bildungsbereich und einer bedarfsgerechten, integrationsorientierten Förderung aktiver Arbeitsmarktpolitik.

Die Herstellung gleicher Chancen durch die Förderung von individueller Freiheit, gesellschaftlicher Solidarität und sozialer Teilhabe ist eine gesamteuropäische Aufgabe. Die soziale und gesellschaftliche Entwicklung über Grenzen hinweg zu fördern, ist ein Ziel, dem die Arbeit des Paritätischen verpflichtet ist.

Praxisbezug und Vernetzung

Der Europäischen Union kommt eine wichtige Rolle bei der Förderung des Meinungsaustausches und der Vernetzung der Zivilgesellschaft in Europa zu. Die Mobilisierung und Einbindung zivilgesellschaftlicher Kräfte ist unerlässlich, um die gemeinsamen sozialen Probleme in Europa nachhaltig zu bekämpfen.

Eine lebendige Zivilgesellschaft ist das soziale Bindegewebe des Gemeinwesens. Der Staat ist auf Grundlagen angewiesen, die er selbst nicht zu schaffen vermag. Daraus folgt die Verpflichtung des Staates die Autonomie privater und gesellschaftlicher Lebensbereiche zu respektieren und Neutralität zu wahren. Die Anerkennung der Gemeinnützigkeit ist Ausdruck der aus dem Subsidiaritätsprinzip folgenden Zurückhaltungsverpflichtung des Staates. Dazu zählt auch, dass der Staat dem Gemeinwohl dienende Tätigkeiten durch



einen Verzicht auf Abgaben anerkennen und entlasten kann. Die Gemeinnützigkeit ist ein Beitrag zur Konkretisierung, Sicherung und Erweiterung der im Grundgesetz geschützten Freiheits- und Teilhaberechte und folgt dem Prinzip der Subsidiarität, wie es in den europäischen Verträgen verankert ist. Grundsätzlich gilt, dass die Entscheidung über das Erheben von Steuern in der ausschließlichen Kompetenz der von den Bürgerinnen und Bürgern gewählten Organe verbleiben muss.

Für die erfolgreiche europäische Integration ist die sozialpolitische Dimension von wachsender Bedeutung. Nicht minder bedeutend ist der Aufbau der zivilgesellschaftlichen Strukturen, die sich im sozialpolitischen Bereich in Deutschland insbesondere in Gestalt der freien Wohlfahrtspflege und in vielen anderen europäischen Ländern unter dem Begriff "soziale Nichtregierungsorganisationen (NROen)" manifestieren. Der Paritätische unterstützt deshalb die Entwicklung bi- und multilateraler Partnerschaften sowie den Aufbau von Netzwerken mit Partnerverbänden und weiteren sozialen Nichtregierungsorganisationen im europäischen Ausland.

Von sozialen NROen in durch intensive Transformationsprozesse geprägten neuen EU-Mitgliedstaaten in Mittel- und Osteuropa wird erwartet, dass sie die durch unzureichende öffentliche Versorgung hinterlassenen Lücken mit ihren Aktivitäten füllen. Für die Entwicklung ihrer inhaltlichen, wirtschaftlichen und organisatorischen Kompetenzen sind die deutschen Erfahrungen bei der Umsetzung des Subsidiaritätsprinzips zwischen dem Staat/den Kommunen und der Freien Wohlfahrtspflege von herausragender Bedeutung.

Der Paritätische verfügt über zahlreiche Kontakte zu Partnerorganisationen in Europa und der Welt. Transnationale Kooperationen versucht der Paritätische weiter zu entwickeln. Besonders erfolgreich ist das Paritätische Engagement in der Zusammenarbeit mit zivilgesellschaftlichen Partnern und sozialpolitisch relevanten öffentlichen Institutionen aus Polen. Eine intensive Zusammenarbeit verbindet den Paritätischen Gesamtverband mit seinem polnischen Pendant: dem gesamt-polnischen Verband WRZOS sowie mit Verbänden der sogenannten Visegrad-Gruppe (neben Polen, Slowakei, Tschechische Republik und Ungarn), Rumänien und anderen neuen Mitgliedstaaten. Kontakte und

Kooperationen existieren darüber hinaus mit Organisationen in allen Mitgliedstaaten der Europäischen Union. Die Zusammenarbeit mit den Gründungsmitgliedern der Europäischen Gemeinschaft verfügt dabei über eine besonders lange Tradition. Über die EU-Grenzen hinweg gibt es gemeinsame Projekte beim Aufbau zivilgesellschaftlicher Strukturen sozialer Arbeit. Dabei geht es um die Verbesserung rechtlicher und politischer Rahmenbedingungen der Arbeit sozialer NROen, die Beratung und Unterstützung bei Kontakten und Kooperationen (einschl. Projektfinanzierung und Projektmanagement) sowie auch um die Entwicklung von Modellprojekten auf den Gebieten der Sozial-, Behinderten-, Familien-, Jugend- und Seniorenpolitik.

Die Zusammenarbeit mit Partnern aus anderen europäischen Ländern bildet, als ein wichtiger Bestandteil europapolitische Aktivitäten des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes, einen Ausgangspunkt für weitere Vernetzungsaktivitäten.

Impressum

Herausgeber:

Der **PARITÄTISCHE** Gesamtverband
 Oranienburger Str.13-14, 10178 Berlin
 Telefon +49 (0) 30 - 24636-0
 Telefax +49 (0) 30 - 24636-110
 E-Mail: info@paritaet.org
 Internet: www.paritaet.org

Verantwortlich im Sinne des Presserechts:

Dr. Ulrich Schneider

Redaktion:

Joachim Rock, Der **PARITÄTISCHE** Gesamtverband
 Telefon +49 (0) 30 - 24636-303
 Telefax +49 (0) 30 - 24636-110
 E-Mail: europa@paritaet.org

Fotos: 3dpixs.com (Titel), 4774344sean (S. 2), Cristina Fumi (S. 3), Luis Louro (S. 4), Philippe Minisini (S. 5), Uschi Hering (S. 6), Sven Hoppe (S. 7) – alle Fotolia.com

Gestaltung:

Christine Maier, Der **PARITÄTISCHE** Gesamtverband

1. Auflage Mai 2009